

Braucht Südtirol eine „Landesagentur für politische Bildung und Bürgerbeteiligung“?

Im Unterschied zu Deutschland wird politische Bildung in Südtirol nicht als eine öffentliche Aufgabe wahrgenommen, die man mit eigenen öffentlichen Einrichtungen erfüllt oder fördert. In Südtirol wird Politische Bildung somit nur indirekt als öffentliche Bildungsaufgabe wahrgenommen, ohne eigene Infrastruktur für diesen Zweck. Politische Bildung findet in Südtirol für den Großteil der Bevölkerung nicht statt.

In der Südtiroler Gesellschaft spielt die politische Bildung eine **deutlich geringere Rolle** als in den deutschsprachigen Nachbarländern. Dies lässt sich aus den halbjährlich veröffentlichten Programmangeboten der großen Bildungsträger (Bildungshäuser, KVW, Volkshochschulen) als auch aus der entsprechenden Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften (Gemeinden, Land, Forschungsinstitutionen, Hochschulen).

Die für die Weiterbildung zuständigen Landesämter koordinieren einige wichtige jährliche Initiativen und schütten Fördergelder an private Vereine für Tätigkeiten politischer Bildung aus. Die Gemeinde Bozen unterhält das für politische Bildung zuständige Friedenszentrum und fördert, wie andere Gemeinden, die freien Vereine. Das Bozner **Friedenszentrum** (Centro per la pace) macht eine hochinteressante Arbeit, aber fast nur in ital. Sprache, mit begrenztem Themenkreis, und fast nur in Bozen.

Im Unterschied zu Deutschland wird politische Bildung in Südtirol nicht als eine öffentliche Aufgabe wahrgenommen, die man mit eigenen öffentlichen Einrichtungen erfüllt oder fördert. In **Deutschland** nimmt diese Aufgabe seit den 1950er eine öffentliche Institution wahr, die auf Bundesebene und in allen Ländern mit eigenen Stellen vertreten ist: die **Zentralen für politische Bildung**. Sie sind als überparteiliche Einrichtungen nach dem Muster des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei den Landtagen angesiedelt und werden von einem pluralistisch besetzten Beirat überwacht. Die Internetportale dieser Zentralen und ihre jährlichen Geschäftsberichte geben ein beeindruckendes Bild zeitgemäßer politischer Bildung für alle Altersgruppen.

In Südtirol wird Politische Bildung somit **nur indirekt als öffentliche Bildungsaufgabe** wahrgenommen, ohne eigene Infrastruktur für diesen Zweck. Doch die von Privaten betriebenen Initiativen sind zu sporadisch, ohne große Breitenwirksamkeit und mit viel zu geringer Ressourcenausstattung. Politische Bildung, wie sie etwa große Bildungsträger und die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland betreiben, findet in Südtirol für den **Großteil der Bevölkerung nicht statt**. Natürlich sind übers Internet und die Medien auch den meisten Südtirolern eine unübersehbare Fülle von Inhalten politischer Bildung und Information zugänglich. Doch fragt es sich, aus erwachsenenbildnerischer Sicht, ob dies der öffentlichen Aufgabe der politischen Bildung für Erwachsene Genüge tun kann.

Ähnliche Überlegungen müssen für die **Schulen aller Sprachgruppen** angestellt werden, wobei allerdings eine systematische Erhebung und Evaluation erforderlich wäre. Es müsste untersucht werden, wie sich 20-25 Jahre Anwendung des „transversalen Unterrichtsprinzips“ Politische Bildung konkret im Schulalltag ausgewirkt haben.

Ein neuer gesellschaftspolitischer Bedarf ist auch in Südtirol durch den immer breiteren Wunsch nach **politischer Mitsprache und Mitbestimmung** entstanden. „Aktive Bürgerschaft“, mehr Partizipation, direkte Demokratie sind die Stichworte, doch hat sich die

Einbeziehung der Bürger als demokratische Alltagspraxis in Südtirol noch nicht etabliert. Diese setzt eine motivierte Bürgerschaft und eine breite Palette gut geregelter Verfahren der deliberativen und direkten Demokratie voraus, aber **auch mehr politische Bildung**. Nun sind im In- und Ausland, in Nachbarregionen und einzelnen Südtiroler Gemeinden eine Reihe von Verfahren entwickelt und angewandt worden, die sich auch bewährt haben. Doch für deren flächendeckende Einführung und Nutzung für die Unterstützung von Partizipationsprozessen stehen den Gemeinden und Initiativen **zu wenig finanzielle und personelle Ressourcen** zur Verfügung. Auch dies wird in anderen Regionen und Bundesländern (Vorarlberg, Toskana, Berlin usw.) als öffentliche Aufgabe begriffen, die von öffentlich finanzierten Einrichtungen gefördert und begleitet werden muss.

Ausführlicher zu diesem Thema: Thomas Benedikter, *Eine „Landesagentur für politische Bildung und Bürgerbeteiligung“ in Südtirol*, in: POLITIKA 15, RAETIA Verlag, Bozen 2015, S.425-442